

# 43. Landestag

der Jungen Union Baden-Württemberg

26. – 27.04.2014, Bürgerhaus Backnang



BESCHLUSS

## **Für junge Ideen in Europa, in Baden-Württemberg und in unserem Kommunen**

Beschlossen am 43. Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg  
am 26.-27. April 2014 in Backnang  
und bei der Sitzung des Landesausschusses  
am 7. Juni 2014 in Gerlingen

**JU**

JUNGE UNION  
BADEN-WÜRTTEMBERG



# Inhaltsverzeichnis

1. Für ein junges Baden-Württemberg in Europa, im Land und in den Kommunen.....	4
2. Für ein junges Baden-Württemberg im Herzen Europas .....	5
2.1. Europas Zukunft – Vergemeinschaftung mit Verstand .....	5
2.2. Rechtliche Harmonisierung in der EU voranbringen.....	5
2.3. Einwanderung nach Deutschland.....	6
3. Für ein junges und generationengerechtes Baden-Württemberg .....	8
3.1. Der Schuldenabbau muss im Sinne der jungen Generation oberste Priorität haben .....	8
3.2. Bildungspolitik – individuelle Förderung, zielführend, ideologiefrei und realitätsnah .....	9
3.2.1. Mehr Verantwortung in den Schulen vor Ort.....	10
3.2.2. Angemessenes Fördern und Fördern mit Differenzierung nach G 8 und G 9.....	10
3.2.3. Bedarfsgerechte Ganztageschule unter Einbeziehung der Vereine .....	11
3.2.4. Frühe Existenzförderung .....	11
3.2.5. Berufliche Schulen als wichtige Stütze des gegliederten Schulsystems bewahren.....	11
3.3. Baden-Württemberg als internationaler Spitzenstandort für erstklassige Hochschulen .....	13
3.3.1. Private Teilfinanzierung stärken .....	13
3.3.2. Finanzierung von Landesseite aus erhöhen.....	14
3.4. Eine solide finanzierte & zukunftsfähige Infrastruktur auf der Straße und im Netz.....	15
3.4.1. Begleitendes Fahren mit 16 und der vollwertige Führerschein mit 17 .....	16
3.4.2. Baden-Württemberg als Musterlände in Sachen digitales Hochgeschwindigkeitsnetz .....	16
4. Für ein junges Baden-Württemberg in den Kommunen.....	18
4.1. Erst- und Zweitwohnsitzkandidaturen .....	18
4.2. Breitbandausbau als kommunaler Standortfaktor .....	18
4.3. Moderne und flächendeckende WLAN-Angebote .....	18
4.4. Gemeinderäte 2.0 – effiziente Arbeit ermöglichen .....	19
4.5. Mehr Mobilität – für einen einheitlichen Baden-Württembergischen Verkehrsverbund.....	19
4.6. Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik .....	20
4.7. Sinnvolle Bildungspolitik in der Fläche – mit Augenmaß und ohne Ideologie.....	20
4.8. Sport und Ehrenamt kommunal fördern.....	21
4.9. Aktive Formen der Jugendbeteiligung vor Ort .....	21
4.10. Attraktive Ortskerne und Innenstädte.....	21
4.11. Zeitgemäße und flexible Sperrzeitenregelungen.....	22

# **1. Für junge Ideen in Europa, in Baden-Württemberg und in unseren Kommunen**

1 Nach mehr als drei Jahren grün-roter Landesregierung bleibt festzuhalten: Baden-Württemberg  
2 wurde vom Musterländle zum Sorgenkind. Die grün-rote Landesregierung steht für neue Schulden  
3 in Rekordhöhe, für eine ideologisch geprägte Bildungs- und Verkehrspolitik und für Stillstand im  
4 Bereich der innovativen Wirtschaftsförderung. Gemeinsam mit der CDU Baden-Württemberg  
5 wollen wir als Junge Union diesem grün-roten Schreckgespenst spätestens bei der Landtagswahl  
6 2016 ein Ende bereiten. Auf dem Weg hin zu einem wieder erfolgreichen Baden-Württemberg unter  
7 einer CDU-geführten Landesregierung ist es wichtig, die Interessen der jungen Generation in Baden-  
8 Württemberg „laut.stark.“ zu vertreten.

9 Baden-Württemberg ist auch innerhalb der EU eine der wirtschaftsstärksten Regionen. Mit einem  
10 Anteil von etwa 3,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der EU hat es ein höheres Gewicht als  
11 Nationen wie Schweden, Österreich oder Dänemark. Umgekehrt gehen über die Hälfte der Exporte  
12 unseres Bundeslandes in die Europäische Union. Gerade wir sind daher – im Interesse der jungen  
13 Generation – an einer festen Einbindung in ein starkes Europa interessiert.

14 Neben der Politik in den Parlamenten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene darf aber auch  
15 die Arbeit vor Ort nicht vergessen werden. Die jungen Kandidaten und kommunalen Mandatsträger  
16 der CDU sind der Motor der kommunalen Gremien in Baden-Württemberg. Keine politische  
17 Jugendorganisation kann auf eine solche Vielfalt und Breite an Mandatsträgern aus ihren Reihen  
18 zurückgreifen wie die Junge Union im Land. Darauf sind wir stolz. Egal ob Ortsvorsteher,  
19 Bürgermeister, Ortschaftsrat, Gemeinderat, Bezirksbeirat, Kreistag oder Regionalparlament, JU-  
20 Mandatsträger geben dem jungen Baden-Württemberg eine starke Stimme an der politischen Basis  
21 vor Ort. Mehr als 300 kommunale JU-Mandatsträger stehen für junge Köpfe und junge Ideen.

22 Viele Köpfe, welche die CDU und JU Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten geprägt haben,  
23 begannen ihre aktive Zeit in den kommunalen Gremien in ihrer Heimat. Diese Basis an politischer  
24 Grunderfahrung, gepaart mit dem Erlernen des politischen Rüstzeugs, ist ein wertvoller Schatz für  
25 jeden politisch handelnden Bürger in unserem Land.

26 Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Verlässlichkeit, Politik mit Augenmaß sowie ein  
27 christliches Wertefundament sind Erfolgsformeln der jungen Kommunalpolitiker der CDU und JU im  
28 Land. Wir stehen für kommunale Entscheidungen ein, welche über den Tellerrand der aktuellen  
29 politischen Lage hinausblicken, immer mit Blick auf das Wohl der Bürger, aber auch mit Fokus auf  
30 Zukunftschancen für unsere Generation – das junge Baden-Württemberg.

31 Im Folgenden formulieren wir daher die Forderungen der jungen Generation Baden-Württembergs  
32 für Europa, für das Land und für unsere Kommunen.

## **2. Für ein junges Baden-Württemberg im Herzen Europas**

### **33 2.1. Europas Zukunft – Vergemeinschaftung mit Verstand**

34 Mit 500 Millionen Einwohnern wird die Europäische Union in ihrer Einwohnerzahl nur noch von  
35 China und Indien übertroffen; in der Rangliste geordnet nach dem Bruttoinlandsprodukt steht die  
36 EU sogar an erster Stelle. Dennoch trifft beispielsweise der Protest der EU-Bürger an der NSA-  
37 Bespitzelung in den USA allenfalls auf Desinteresse.

38 Der Grund dafür ist, dass die außenpolitischen Interessen der EU-Staaten zu unterschiedlich sind,  
39 um eine gemeinsame Linie zu finden. Raum für einen Zusammenschluss der EU-Mitgliedsstaaten zu  
40 einem Bundesstaat Europa sehen wir daher derzeit nicht. Wir wollen die europäische Idee nicht  
41 gefährden, indem wir zu schnell nach zu viel greifen.

42 Wir fordern auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der  
43 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein konsequentes Fortschreiten des  
44 Konzepts des „Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“. Länder, die bereit dazu sind, ihre  
45 Außen- und Sicherheitspolitik zu vergemeinschaften, sollten die Möglichkeiten, die die  
46 Europäischen Verträge dazu ausdrücklich vorsehen, noch konsequenter als bisher nutzen.  
47 Mitgliedsstaaten, die derzeit aus unterschiedlichen Gründen (noch) nicht dazu bereit sind,  
48 entsprechende Politikbereiche zu vergemeinschaften, steht jederzeit offen, dies später  
49 nachzuholen.

50 Gleiches gilt auch für das Konzept einer Europäischen Armee. Zwar muss die NATO der zentrale  
51 Eckpfeiler unserer Verteidigungspolitik bleiben, dennoch, das zeigen gerade die immer  
52 wiederkehrenden Krisen in Nordafrika, muss die EU – aufgrund der Heterogenität der Interessen  
53 wohl mit dem Konzept eines „Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ – ihre militärische  
54 Handlungsfähigkeit weiter verbessern. Europäische Länder, welche sich politisch zur Europäischen  
55 Union hin ausrichten und deren Bestreben es ist, in die EU einzutreten, möchten wir als Junge Union  
56 auch eine gute Anbindung an Europa bieten.

### **57 2.2. Rechtliche Harmonisierung in der EU voranbringen**

58 Ein großes Potenzial, die Europäische Union mittelfristig weiterzuentwickeln, sehen wir auf dem  
59 Gebiet, auf dem die EU schon jetzt stark ist – auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.  
60 Der Abbau von Handelshemmnissen ist dabei zentraler Bestandteil. Nachdem bereits weite Teile des  
61 Verbraucherschutzrechts und des Bankrechts im bürgerlichen Recht harmonisiert wurden, ist der  
62 nächste logische Schritt eine Harmonisierung der übrigen Teile des bürgerlichen Rechts.

63 Insbesondere die Unterschiede im Erbrecht, Familienrecht sowie im Kreditsicherungs- bzw.  
64 allgemein im Sachenrecht machen länderübergreifende Sachverhalte unnötig kompliziert. Die  
65 Harmonisierung muss sich hierbei inhaltlich am deutschen Recht orientieren, welches wir in seiner  
66 Gesamtheit als erstrebenswert erachten.

### 67 **2.3. Einwanderung nach Deutschland**

68 Die Junge Union Baden-Württemberg unterstützt ausdrücklich die Europapolitik der CDU  
69 Deutschlands. In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.  
70 Viele von ihnen sind bereits in Deutschland geboren. Mehr als die Hälfte dieser Menschen hat die  
71 deutsche Staatsbürgerschaft. Ein großer Teil dieser Zuwanderer ist bestens bei uns integriert und  
72 trägt erheblich zu unserem Wohlstand bei. Eine erfolgreiche Integrationspolitik setzt aber auch das  
73 klare Bekenntnis eines jeden Zuwanderers zur Deutschen Sprache und zu den Werten der  
74 Gemeinschaft, in welche er sich integrieren möchte, voraus. Das Grundgesetz der Bundesrepublik  
75 Deutschland gibt mit seiner rechtshistorischen Tradition und mit seiner kulturellen Grundlage das  
76 Fundament jener Werte vor. Seit der Einführung der Blue Card im Jahr 2000 hat es eine erfreuliche  
77 Entwicklung gegeben. Im Jahr 2012 kamen 369.000 mehr Menschen nach Deutschland als  
78 abwanderten. Das ist der höchste Wert seit 1995. Die meisten jungen Zuwanderer sind sehr gut  
79 ausgebildet und dadurch ein großer Gewinn für unser Land. Besonders im Bereich der Pflege, aber  
80 auch in technischen Berufen sind viele Wirtschaftszweige auf diese Fachkräfte angewiesen. Seit  
81 2006 ist der Anteil der hoch qualifizierten Zuwanderer im Vergleich zu den niedriger qualifizierten  
82 Zuwanderern gestiegen, zum Teil signifikant. Diese Art der hoch qualifizierten Zuwanderung wird  
83 seitens der Jungen Union Baden-Württemberg ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Trotz allem  
84 bekräftigen wir als Junge Union Baden-Württemberg aber nochmals unsere Ablehnung gegenüber  
85 der doppelten Staatsbürgerschaft. Ohne die Vernachlässigung der eigenen Kultur ist die  
86 Staatsbürgerschaft das Bekenntnis zu den Werten und der Verfassung unserer Bundesrepublik  
87 Deutschland. Die Junge Union Baden-Württemberg spricht sich gegen den geplanten  
88 Gesetzesentwurf der Bundesregierung aus, da dies auf Dauer zu einer Verwässerung der Bedeutung  
89 einer Staatsbürgerschaft im Bezug auf die Bundesrepublik und auch im Allgemeinen führen wird.

90 Seit 1. Januar 2014 gilt für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien auch in Deutschland die  
91 sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. In den letzten Monaten meldeten sich immer mehr  
92 Kommunen zu Wort, die sich bereits heute schon durch den verstärkten Zuzug einer  
93 vergleichsweise kleinen Zahl sogenannter Armutszuwanderer vor finanzielle und innenpolitische  
94 Herausforderungen gestellt sehen. Derzeit leben in Deutschland rund 205.000 Rumänen und  
95 119.000 Bulgaren. Seit der Aufnahme der beiden Länder am 1. Januar 2007 ist die Zahl der  
96 Zuwanderer aus diesen beiden Ländern im Wanderungssaldo um 38.000 Menschen gestiegen.  
97 Dieser Anstieg ist deutlich ausgeprägter als bei anderen Nationalitäten. Mit der

98 Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Januar 2014 wird mit weiteren 100.000 bis 180.000  
99 Zuwanderern jährlich aus diesen Ländern gerechnet. Über 80 Prozent dieser Zuwanderer sind  
100 Fachkräfte. Im Jahr 2010 hatten 55 Prozent einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Die  
101 Arbeitslosenquote lag mit 7,5 Prozent deutlich unter denen anderer Zuwanderungsgruppen. Jedoch  
102 gibt es auch eine vergleichsweise kleine Gruppe von Zuwanderern aus diesen Ländern, vor allem der  
103 dort lebenden Minderheiten der Sinti und Roma. Diese Minderheiten stammen in den meisten Fällen  
104 aus finanziell schwierigen Verhältnissen und sind in der Regel bildungsfern. Zwar sind nur 0,5  
105 Prozent aller Bezieher von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) vermutete Armutszuwanderer, dennoch  
106 sind dies bereits etwas über 30.000 Personen. Auffällig hierbei ist ein deutlicher Anstieg der Zahlen  
107 in den letzten Monaten. Probleme vor Ort sind häufig neben dem Missbrauch von Sozialleistungen  
108 auch Scheingewerbeanmeldungen, soziale Problemlagen bei Unterbringung und  
109 Gesundheitsversorgung, Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Schulpflicht, Verwahrlosung  
110 ganzer Straßenzüge, aber auch eine steigende Kriminalität. Dem deutschen Arbeitsmarkt stehen  
111 diese Zuwanderer kaum zur Verfügung, da zumeist weder Bildungsstand noch Sprachkenntnisse  
112 hierfür ausreichen. Die Junge Union Baden-Württemberg ist gänzlich gegen diese Art der  
113 Armutszuwanderung und fordert, bestehendes Recht konsequent anzuwenden.

### **3. Für ein junges und generationengerechtes Baden-Württemberg**

#### **114 3.1. Der Schuldenabbau muss im Sinne der jungen Generation 115 oberste Priorität haben**

116 Trotz Rekord-Steuereinnahmen hat es die grün-rote Landesregierung weder geschafft Altschulden  
117 zu tilgen, noch einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern hat mit 1,77 Milliarden € im Jahr  
118 2013 und geplanten 1,228 Milliarden € für 2014 die höchste Neuverschuldung aller Bundesländer.  
119 Zehn Bundesländer haben im Jahr 2013 Altschulden abgebaut. Die baden-württembergischen  
120 Landesregierung hat sich trotz sprudelnder Steuereinnahmen vom Ziel einer ausgeglichen  
121 Haushaltspolitik verabschiedet. Grün-Rot hat seit der Regierungsübernahme das Ausgabenvolumen  
122 deutlich erhöht. Ein Hauptproblem liegt bei der ausufernden und parteipolitisch motivierten  
123 Personalpolitik innerhalb der Landesverwaltung. Über 180 neue Stellen wurden in den Ministerien  
124 geschaffen. Überall wurden die Personalausgaben erhöht, nur im Bereich der Lehrerstellen wurden  
125 und werden Personalstellen gestrichen. Diese einseitige und unausgeglichene Personalpolitik trägt  
126 zu einem großen Teil zur finanziellen Schieflage des Landes bei. Die Junge Union Baden-  
127 Württemberg verweist auf die erfolgreiche Umsetzung des Nettonullverschuldungsgebots bereits  
128 in den Jahren 2008, 2009, 2011 und 2012 durch die CDU-geführte Landesregierung. Die Junge Union  
129 setzt sich für eine generationengerechte Haushaltspolitik auf der Grundlage einer soliden  
130 Ausgabenpolitik und klarer haushaltspolitischer Schwerpunktsetzung sowie eines strukturell  
131 ausgeglichenen Haushalts im Sinne der Schuldenbremse ein. Der Haushalt ist bezüglich der  
132 Zinszahlungen für unsere Altschulden zu optimieren. Die verschiedenen Förderprogramme des  
133 Landes sind einem Benchmarking zu unterziehen. Teure Prestigeprojekte wie beispielsweise die  
134 Einrichtung des „Nationalparks Nordschwarzwald“ oder die beschlossene Polizeireform sind hierbei  
135 kritisch zu hinterfragen, ebenso wie das Fehlen weiterer Reformen in der Verwaltung. Am  
136 Nettoneuverschuldungsverbot ab dem Jahr 2020 darf nicht gerüttelt werden. Daher bedarf es schon  
137 jetzt stärkerer Anstrengungen durch die Landesregierung, das Land in die Lage zu versetzen, jedes  
138 Jahr einen ausgeglichenen Haushalt mit einem möglichst großen Tilgungsanteil der Altschulden  
139 vorlegen zu können. Wir setzen uns daher als klares Bekenntnis zum generationengerechten und  
140 nachhaltigen Haushalten für die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung ein. Alle  
141 nachstehenden Ansätze und politischen Ideen und die damit verbundenen Investitionen unterliegen  
142 der klaren Prämisse einer neuverschuldungsfreien Landespolitik. Damit Baden-Württemberg in  
143 Zukunft wieder finanziell stark und handlungsfähig wird, fordern wir die Neuregelung des  
144 Länderfinanzausgleichs. Die jetzige Regelung schwächt wirtschaftlich starke Bundesländer und  
145 begünstigt Bundesländer, die mit ihrem Geld nicht wirtschaften können.



### 146 **3.2. Bildungspolitik – individuelle Förderung, zielführend,** 147 **ideologiefrei und realitätsnah**

148 Die Bildungslandschaft hat sich unter der grün-roten Landesregierung grundlegend verändert.  
149 Durch überhastete und zu wenig durchdachte Reformansätze ist in unserem Land ein Bildungschaos  
150 entstanden, das sich vor allem durch große Verunsicherung auf Seiten der Schüler, Eltern und Lehrer  
151 auszeichnet. Für eine Bildungspolitik der Zukunft gilt es mit großer Verlässlichkeit und einem  
152 gesunden Mix nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“, ein bis 2011 national und international  
153 erfolgreiches Bildungssystem vom neuen „Ist-Zustand“ nach Grün-Rot aus erfolgreich  
154 weiterzuentwickeln. Dabei setzen wir als Junge Union nach wie vor auf ein differenziertes,  
155 mehrgliedriges Schulsystem, das jedem Kind ein passgenaues Bildungsangebot auf seine  
156 Begabungen und Fähigkeiten hin ausgerichtet anbietet. Der Schlüssel zum individuellen  
157 Bildungserfolg liegt in der Weiterentwicklung unserer Schullandschaft nach individuellen  
158 Begabungen der Kinder. Wir unterstützen die CDU Baden-Württemberg und die CDU-Fraktion im  
159 Landtag von Baden-Württemberg bei ihren bildungspolitischen Ansätzen, durch die Einführung von  
160 Orientierungsphasen in Klasse 5 und 6 die Durchlässigkeit zwischen den differenzierten Schularten  
161 weiter zu erhöhen. Deshalb fordern wir eine verbindliche Grundschulempfehlung. Für den Erhalt des  
162 mehrgliedrigen Systems ist die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung von  
163 zentraler Bedeutung, da dieser eine Schlüsselfunktion zukommt.

164 Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg 2004 seine Bildungspläne für die allgemein  
165 bildenden Schulen (außer Sonderschulen) vollständig auf kompetenzorientierte Bildungspläne  
166 umgestellt. Die 2004 erarbeiteten Bildungspläne haben das Ziel, den Lehrerinnen und Lehrern einen  
167 Rahmen zu geben, welcher es ihnen ermöglicht, gemäß unserer Verfassung die Jüngsten im Land  
168 auszubilden, sie zu erziehen und sie auf ein selbstbestimmtes und verantwortliches Leben  
169 vorzubereiten. Doch die grün-rote Landesregierung plant nun, den aktuellen Bildungsplan so zu  
170 verändern, dass nicht durchgängig präzise Formulierungen in den bestehenden Bildungsplänen  
171 aufgenommen werden, die mitunter zu Unklarheiten führen oder die Durchlässigkeit zwischen den  
172 Schularten erschweren. Die grün-rote Landesregierung plant, den aktuellen Bildungsplan in eine  
173 einseitige Richtung entgegen eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses zu verändern. Sie will den  
174 Bildungsplan einseitig in Form von Leitsätzen verändern, die sexuelle Vielfalt zum Bestandteil eines  
175 jeden Unterrichtsfachs machen.

176 Die Junge Union Baden-Württemberg stellt sich dieser einseitigen Weiterentwicklung der  
177 Bildungspläne entgegen. Natürlich muss auch das Thema sexuelle Vielfalt in der Schule stattfinden,  
178 aber nicht überhöht und nicht isoliert. Durch ihre einseitige Fokussierung in den Leitprinzipien  
179 geraten andere, aber ebenso wichtige Schwerpunkte in den Hintergrund. So darf beispielsweise die  
180 Integration von Schülern mit Migrationshintergrund oder das Thema Inklusion durch die

181 Bildungsplanreform nicht beeinträchtigt werden. Daher fordert die JU Baden-Württemberg die  
182 Landesregierung auf, dass sie sich schleunigst von dem Projekt eines grün-roten Bildungsplans 2015  
183 verabschiedet und stattdessen den neuen Bildungsplan auf eine breite gesellschaftliche Basis setzt.  
184 Eine rein kosmetische Korrektur werden wir aber nicht akzeptieren. Vielmehr muss es eine klare  
185 Positionierung in Richtung Toleranz geben, die alle benachteiligten und diskriminierten Gruppen  
186 einbezieht.

187 Zudem fordert die Junge Union eine konsequente Unterstützung der Lehrerbildung. Denn gerade  
188 die angehenden Lehrer benötigen in der heutigen Zeit eine pädagogisch und psychologische  
189 Ausbildung um für den Beruf gerüstet zu sein. Dies gilt im Besonderen auch für die universitäre  
190 Lehrerausbildung. Außerdem fordert die Junge Union Baden-Württemberg die Beibehaltung der  
191 Lehrerbildung durch den Abschluss „Staatsexamen“ und die Beibehaltung der unterschiedlichen  
192 Lehrerbildung an Universitäten und Hochschulen.

### 193 **3.2.1. Mehr Verantwortung in den Schulen vor Ort**

194 Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft und in Baden-Württemberg werden bereits jährlich über 35 %  
195 des Landeshaushaltes in diese Zukunftsaufgabe investiert. Daran wollen wir festhalten. Wir setzen  
196 uns als Junge Union Baden-Württemberg aber auch weiterhin für ein effizienteres Bildungssystem  
197 ein. Daher brauchen wir mehr Verantwortung für Personal und Ressourcen in den Schulen vor Ort.

### 198 **3.2.2. Angemessenes Fordern und Fördern mit Differenzierung nach G 8 und G 9**

199 Wir wollen darüber hinaus die frühkindliche Bildung weiterhin stärken. Wir sollten unseren Kindern  
200 früher zutrauen, bereit für erste konkrete Lernerfolge zu sein. Eine frühere Einschulung der Kinder  
201 bereits mit 5 Jahren in die sog. „Kinderschule“, die aufbauend auf bisherigen Vorschulmodellen das  
202 letzte Kindergartenjahr mit dem ersten Grundschuljahr verbindet, könnte dabei den frühkindlichen  
203 Drang des „Forschens und spielerischen Lernens“ aufgreifen und den Übergang zwischen  
204 Kindergarten und Grundschule verbessern. Auf Grund der durch die Einführung der Bachelor- und  
205 Masterstudiengänge und der Aussetzung der Wehrpflicht gewonnenen Zeit für ein früheres  
206 Eintreten junger Menschen ins Berufsleben, können wir uns vorstellen, für eine echte Wahlfreiheit  
207 zwischen G8 und G9 zu sorgen. Hierfür sollten wir ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot  
208 von G-8- und G-9-Zügen schaffen, die zu einem gleichwertigen Abitur auf hohem Niveau führen,  
209 aber auf individuellen Wegen. Durch eine echte Wahlmöglichkeit zwischen G-8- und G-9-Zügen  
210 schaffen wir ein gutes Bildungsangebot für alle Schülerinnen und Schüler an unseren Gymnasien.

### 211 **3.2.3. Bedarfsgerechte Ganztageschule unter Einbeziehung der Vereine**

212 Wir fordern, dass die Ganztageschule weiterhin dort ausgebaut wird, wo ein entsprechender Bedarf  
213 besteht. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Ganztageschule nicht zum Ausbluten der  
214 Vereine und Jugendgruppen führt. Wenn eine Einbindung gelingt, indem etwa Sportvereine an die  
215 Schulen geholt werden, ist dies grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch gibt es viele Aktivitäten, die an  
216 anderen Orten besser stattfinden können, etwa wenn ein Sportverein über eine bessere technische  
217 Ausrüstung verfügt als die Schulturnhalle. Gleichzeitig ist es Verdienst der Vereine, auch  
218 schulartübergreifende Angebote zu machen, was nicht gelingt, wenn die Angebote nur noch an der  
219 Schule angeboten werden. Für die Teilnahme an solchen Aktivitäten muss daher eine Befreiung vom  
220 Betreuungsangebot – nicht jedoch vom eigentlichen Unterricht – problemlos möglich sein.

### 221 **3.2.4. Frühe Existenzförderung**

222 Start-up-Unternehmen und die Umsetzung kreativer Ideen schaffen Arbeitsplätze und sind der  
223 wirtschaftliche Motor von morgen. Gerade Baden-Württemberg lebt von den Innovationen seiner  
224 Unternehmen. Die Förderung von Existenzgründungen ist daher eine wichtige Aufgabe von Bund,  
225 Land und Kommunen geworden. Wir sind auf das Engagement und die Eigeninitiative unserer  
226 mutigen und klugen Köpfe im Land angewiesen. Wir wollen die Ideen, Interessen und  
227 Leidenschaften unserer jungen Menschen stärker fördern. Wir als Junge Union Baden-Württemberg  
228 setzen uns daher für eine frühe Existenzgründungsinformation und Existenzförderung in  
229 Zusammenarbeit mit lokalen Existenzgründerzentren vor Ort ein. Dies soll in Form von breiteren  
230 Informationen zur Existenzgründung an mehreren Stellen geschehen, das meint einen Ausbau der  
231 lokalen Existenzgründungszentren wie auch gezielter Informationsprogramme an Universitäten und  
232 Hochschulen. Modelle wie Schülerformen, die an vielen Schulen bereits erfolgreich praktiziert  
233 werden, sollten in diesem Zusammenhang auch verstärkt gefördert werden.

### 234 **3.2.5. Berufliche Schulen als wichtige Stütze des gegliederten Schulsystems bewahren**

235 Die beruflichen Schulen sind ein wichtiger Teil unseres vielgliedrigen Schulsystems. Dass  
236 Deutschland so gut aus der internationalen Wirtschaftskrise gekommen ist und heute die niedrigste  
237 Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa zu verzeichnen hat, ist auch ihnen zu verdanken. Im grün-  
238 roten Bildungschaos finden sie jedoch immer weniger Platz.

239 Neben der angekündigten Streichung von gut 12.000 Lehrerstellen und der deutlichen Reduzierung  
240 des Entlastungskontingents an allen klassischen Schularten, werden berufliche Schulen besonders  
241 von der ideologisch motivierten Bevorzugung der Gemeinschaftsschule getroffen. Die Junge Union  
242 Baden-Württemberg setzt sich dafür ein diesen Trend zu stoppen und fordert die Landesregierung  
243 dazu auf, die schleichende Lehrerunterversorgung an den beruflichen Schulen zu unterbinden.

244 Vielmehr sind neue, den besonderen Anforderungen der beruflichen Bildung angepasste Lehrstellen  
245 zu schaffen.

246 Mit nun fast 360.000 Schülern hat sich die Anzahl der Berufsschüler in Baden-Württemberg im  
247 letzten Jahr erhöht. Dennoch stehen besonders im ländlichen Raum viele berufliche Schulen vor der  
248 Schließung. Räumlich weit voneinander entfernte Klassen müssen wegen des Lehrerdefizits  
249 zusammengelegt werden, bevorzugt behandelte und besser finanzierte Gemeinschaftsschulen  
250 schaffen Konkurrenz. Daher fordern wir die Kommunen als Träger der Einrichtungen der beruflichen  
251 Bildung und vor allem auch die Landesregierung dazu auf, vor jeder potentiellen Schließung  
252 intensive Einzelfallabwägungen durchzuführen. Schließlich gilt: Je länger die Wege desto  
253 aufwendiger gestaltet sich auch die Ausbildung. Dabei sollte gerade im Bereich der beruflichen  
254 Bildung eine betriebsnahe Ausbildung gewährleistet sein. Berufsschulzentren müssen deshalb noch  
255 mehr als positive regionale Faktoren verstanden werden, denn sie schaffen nicht nur Arbeitsplätze  
256 und fördern Unternehmensgründungen vor Ort , sondern sie tragen auch einen wichtigen Teil zur  
257 Bekämpfung des Fachkräftemangels bei.

258 Gute (berufliche) Bildung kann im Übrigen auch nur funktionieren, wenn die Schüler ihre Schulen  
259 auch erreichen. Daher fordern wir außerdem einen weiteren Ausbau des ÖPNV unter der  
260 Berücksichtigung der jeweiligen Kreisrandorte.

261 Um hochqualitative Fachkräfte in Deutschland auszubilden fordert die Junge Union Baden-  
262 Württemberg daher die Beibehaltung des Dualen Ausbildungssystems und eine stärkere finanzielle  
263 Unterstützung von Berufsschulen sowie der überbetrieblichen Ausbildungszentren der Kammern.  
264 Ein Finanzierungsengpass der Berufsschulen begründet in der starken Förderung  
265 der Gemeinschaftsschulen sehen wir mit großer Sorge.

266 Um jungen Menschen auch nach ihrer Ausbildung die Weiterbildung zu ermöglichen, fordert die  
267 Junge Union Baden-Württemberg eine stärkere Förderung für Meister- und Technikerschüler sowie  
268 der Weiterbildung zum Betriebswirt. Eine ausschließliche Förderung von Studenten geht zulasten  
269 der Fachkräfte in Deutschland und damit zulasten der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands.

270 Mit der Qualität der Ausbildung einher geht die Qualität der geleisteten Arbeit. Die Junge Union  
271 Baden-Württemberg fordert die Landesregierung, die Bundesregierung und die deutschen Vertreter  
272 im europäischen Parlament auf, das deutsche Handwerk gegen die flächendeckende Durchsetzung  
273 der EU-Freizügigkeit zu schützen. Dabei gilt es auch die duale Ausbildung und den Meistertitel vor  
274 der EU-Richtlinie „über die Anerkennung von Berufsqualifikationen“ von einer europaweiten  
275 einheitlichen Ausbildungsordnung zu bewahren. Eine solche Ordnung würde zulasten  
276 der Arbeitsqualität, zulasten der Ausbildungsqualität und letzten Endes zulasten der deutschen  
277 Wirtschaft gehen. Günstige Dienstleistungen aus dem Europäischen Ausland möchten wir nicht  
278 kategorisch ausschließen, jedoch muss die Qualität der Arbeit gewährleistet sein. Den in den letzten

279 Jahren eingeschlagenen Weg der Lockerung von Vorschriften zugunsten eines flexibleren  
280 Arbeitsmarktes lehnen wir ab, wenn diese Maßnahmen zulasten der Qualität der Ausbildung und  
281 der Arbeit gehen.

### 282 **3.3. Baden-Württemberg als internationaler Spitzenstandort** 283 **für erstklassige Hochschulen**

284 Eine nachhaltige Finanzierung des Hochschulsystems ist eine Finanzierung in die Zukunft unseres  
285 Landes. Deutschland als rohstoffarmes Land ist umso mehr auf den Wettbewerb um die besten  
286 Köpfe angewiesen. Die Ausbildung junger Menschen muss als Investition in die Zukunft angesehen  
287 werden, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Hierbei muss der Staat  
288 exzellente Rahmenbedingungen bieten, um einen bestmöglichen Zugang zur Bildung zu  
289 gewährleisten. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Finanzierung unseres Hochschulwesens.  
290 Wissenschaft und Forschung brauchen eine verlässliche Grundlage. Die grün-rote Landesregierung  
291 hat jedoch gezeigt, dass sie der Verantwortung im Hochschulwesen nicht gerecht wird. Die  
292 Abschaffung der Studienbeiträge ist nur ein Aspekt, bei dem sich die Kurzsichtigkeit monetären  
293 Handelns zeigt. Die neu geschaffene Kompensation der Beiträge belastet den Landeshaushalt  
294 signifikant und geht auf Kosten der zukünftigen Generationen. Die Junge Union Baden-  
295 Württemberg steht für eine verantwortungsvolle Finanzierung des Hochschulsystems und zeigt  
296 Wege auf, wie diese auf einer soliden Basis gewährleistet werden kann:

#### 297 **3.3.1. Private Teilfinanzierung stärken**

298 Betrachtet man beispielsweise das Hochschulfinanzierungssystem in den USA, stellt man große  
299 Unterschiede zur Situation in Deutschland fest. Oftmals werden Universitäten wie Harvard, Yale  
300 oder Stanford als Maßstab genommen, um die vergleichsweise geringe Mittelausstattung deutscher  
301 Hochschulen anzuprangern. Der wesentliche Unterschied dabei ist jedoch, dass das deutsche  
302 Hochschulsystem weitestgehend von öffentlichen und das amerikanische von privaten Geldern  
303 finanziert wird. Das Modell der privaten Teilfinanzierung sollte auch für Deutschland zu einer  
304 wichtigen Säule der Hochschulfinanzierung ausgebaut werden, was jedoch nicht bedeutet, dass  
305 gleichzeitig die Mittel des Landes oder Bundes gekürzt werden dürfen. Ganz im Gegenteil, es sollte  
306 eine gute Finanzierung unseres Hochschulsystems auf beiden Säulen, also aus öffentlichen und  
307 privaten Geldern, basieren, jedoch nicht nach amerikanischem Vorbild, bei dem finanziell gesehen  
308 von einer Bildungsgerechtigkeit nicht gesprochen werden kann. Die Freiheit der Forschung und  
309 Lehre muss dabei gewährleistet bleiben.

310 Ein weiterer Vergleich der beiden Situationen in Deutschland und den USA zeigt, dass in  
311 Deutschland eine wichtige Quelle der privaten Teilfinanzierung zum großen Teil nicht ausgeschöpft

312 wird, und zwar die Zuweisungen von ehemaligen Studenten und Absolventen. Solch eine Form der  
313 Mittelzuweisung ist an ausländischen Hochschulen seit Jahren gängige Praxis. Daher sollten der  
314 Aufbau von Alumni-Strukturen und der Bezug der Alumni zu ihrer „Alma Mater“ für jede Hochschule  
315 eine große Priorität haben. Dabei können die Gelder beispielsweise zweckgebunden für bestimmte  
316 Projekte, Arbeitsgruppen oder Fakultäten verwendet werden oder auch einfach zweckungebunden  
317 an die Hochschule überwiesen werden. Die unverbindliche Einbeziehung solcher Alumni in Gremien  
318 der Hochschule (in Baden-Württemberg als „Hochschulräte“ bezeichnet) ist dabei nur zweckdienlich  
319 und schafft einen stärkeren Bezug zur Hochschule. Wenn man als Student gerne an einer  
320 bestimmten Hochschule war, so bleiben viele ihr auch nach dem Studium treu. Daher sollten auch  
321 identitätsstiftende Maßnahmen und ein regelmäßiger Informationsfluss wie zum Beispiel durch  
322 regelmäßige Newsletter, Jahrbücher, Spendenaufrufe, Alumni-Treffen oder ähnliches als sinnvolle  
323 Möglichkeiten der langfristigen Investition in die Hochschule einbezogen und die Vernetzung  
324 zwischen Studenten und Alumni gefördert werden. An ausländischen Hochschulen ist und bleibt das  
325 sogenannte Mäzenatentum häufig eine der Haupteinnahmequellen.

### 326 **3.3.2. Finanzierung von Landesseite aus erhöhen**

327 Die im Jahr 2019 wirksam werdende Schuldenbremse wird die finanziellen Spielräume der  
328 Bundesländer weiter einengen. Zusätzlich sind die Länderhaushalte durch vorgegebene  
329 Verpflichtungen von Seiten des Bundes, vor allem im Bereich der Personalausgaben, stark gebunden.  
330 Nach der Übergabe eines ausgeglichenen Haushalts der CDU-geführten Landesregierung 2011,  
331 weist der aktuelle grün-rote Doppelhaushalt in Zeiten bester Steuereinnahmen ein strukturelles  
332 Defizit von etwa 1,2 Milliarden Euro jährlich auf. Die Qualitätssicherungsmittel sind zu späteren  
333 Konsolidierungsphasen gegebenenfalls ein Streitpunkt, der in Haushaltsdebatten zur Disposition  
334 steht. Grundsätzlich stellt sich auch bei Einsparungen die Frage nach einer klaren Setzung der  
335 Prioritäten und welchen Ausgabenbereichen ein höherer Stellenwert zugeschrieben wird.

336 Immer mehr Mittel aus der Grundfinanzierung werden zwangsläufig im Bereich von Forschung und  
337 Lehre gestrichen, um Notsanierungen zu zahlen oder Neuerungen im wissenschaftlichen Bereich  
338 baulich zu unterstützen. Hinzu kommt ein noch kaum absehbarer Bedarf im Bereich der  
339 Dateninfrastruktur, der Datenverarbeitung und der Datenspeicherung. Kurzfristige Kurswechsel  
340 und Änderungen der Zielsetzungen, zum Beispiel durch neue Mittelverteilungsmodelle, machen  
341 längerfristige Planungen unmöglich. 2013 betrug der Landeszuschuss, also die Grundfinanzierung  
342 aller Hochschulen im Land, 1,18 Milliarden Euro. Sollte das Kooperationsverbot in dieser  
343 Legislaturperiode nicht gelockert werden, muss über eine Umschichtung der Mittel im  
344 Landeshaushalt nachgedacht werden. Die Landeshochschulen müssen in Zukunft Planungs-  
345 sicherheit haben, um leistungsfähig zu bleiben. Dies ist nicht nur im Hinblick für Baden-  
346 Württemberg als Bildungsstandort von hoher Bedeutung, sondern auch im Zuge des drohenden

347 Fachkräftemangels unabdingbar, um in Zukunft als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu  
348 bleiben. Auch Arbeitgeberverbände haben deshalb in der Vergangenheit schon gemeinsam mit den  
349 Hochschulen die politische Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung der  
350 Hochschulen aufgestellt, um die Fachkräftesicherung und Innovation im Land zu stärken. Die Junge  
351 Union Baden-Württemberg unterstützt diese Forderung, um in den kommenden Jahren ein  
352 nachhaltiges Finanzierungskonzept mit einer fairen Aufteilung zwischen Bund und Ländern,  
353 privaten Trägern und den Studenten die Zukunftsfähigkeit der Landeshochschulen zu gewährleisten.

354 Ziel der grün-roten Landesregierung muss es sein, den Hochschulen eine verbesserte  
355 Grundfinanzierung zu verschaffen. Die vielfältige Hochschullandschaft in Baden-Württemberg ist  
356 das Ergebnis einer gezielten finanziellen Unterstützung seitens der schwarz-gelben  
357 Vorgängerregierung. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert daher die grün-rote  
358 Landesregierung auf, die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, damit der  
359 Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg weiter eine gesicherte Zukunft hat. Wir fordern das  
360 baden-württembergische Wissenschaftsministerium auf, mit der Neuverhandlung des Solidarpakts,  
361 sich eindeutig für unsere Hochschulen im Land auszusprechen und die nötigen finanziellen  
362 Planungssicherheit sowie Autonomie für eine dynamische Entwicklung des Wissenschafts-  
363 standortes Baden-Württemberg bis einschließlich 2020 zu sichern.

### 364 **3.4. Eine solide finanzierte & zukunftsfähige Infrastruktur auf** 365 **der Straße und im Netz**

366 Die Junge Union Baden-Württemberg steht für eine zukunftsorientierte und nachhaltig qualitativ  
367 hochwertige Infrastruktur in Baden-Württemberg. Beim kommunalen Straßenbau wiederholt sich  
368 das Fiasko, das die Landesregierung bereits beim Bundesfernstraßenbau wie auch beim Neubau  
369 wichtiger Landesstraßen verursacht hat. Nicht nur, dass das Land rund 100 Millionen Euro für den  
370 Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen in Baden-Württemberg nicht abgerufen hat,  
371 im Jahr 2013 wurden weitere Mittel von über 36 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau  
372 nicht ausgegeben. Damit schiebt die grün-rote Landesregierung weitere Millionen vor sich her, anstatt  
373 diese für dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen auszugeben. Die Landesregierung tritt beim  
374 Straßenbau auf die Bremse und gefährdet damit unsere Infrastruktur nachhaltig. Die Junge Union  
375 kritisiert dies aufs Schärfste. Schuld ist die Verhinderungspolitik des Verkehrsministers in den  
376 Vorjahren. 2012 und 2013 hatte die Landesregierung einen weitgehenden Bewilligungsstopp bei der  
377 Förderung neuer kommunaler Straßenbaumaßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrs-  
378 finanzierungsgesetz (LGVFG) beschlossen. Als dann wie bereits in der Vergangenheit Mittel für  
379 bewilligte Maßnahmen nicht abgerufen wurden, konnte das übrig gebliebene Geld nicht mehr  
380 ausgegeben werden. Diese Summe beläuft sich auf 900.000 Euro im Jahr 2012 und 36,4 Millionen

381 Euro im Jahr 2013. Doch nicht nur die bewusste Unterfinanzierung der grün-roten Landesregierung  
382 im Bereich des Straßenbaus wird von der Jungen Union kritisiert, auch die im Jahr 2014 beschlossene  
383 Kürzung des Landesanteils bei Maßnahmen zur Erneuerung von Maßnahmen im Öffentlichen  
384 Nahverkehr (ÖPNV) von 70 Prozent auf 50 Prozent wird zur Folge haben, dass die Kommunen nun  
385 fast den doppelten Eigenanteil aufbringen müssen. Gerade finanzschwächere und kleinere  
386 Gemeinden im ländlichen Raum werden deshalb kaum mehr in der Lage sein, dringend notwendige  
387 Projekte zu finanzieren. Dadurch werden weitere wichtige Infrastrukturprojekte auf der Strecke  
388 bleiben. Den Schaden haben also nun die Kommunen im Land. Wir stehen als Junge Union Baden-  
389 Württemberg für eine solide geplante und finanzierte, aber zugleich zukunftsorientierte  
390 Infrastrukturpolitik und setzen uns daher für die Erhöhung der landeseigenen Zuschüsse für den  
391 Ausbau des ÖPNV auf den bisherigen Stand von 70 % ein.

#### 392 **3.4.1. Begleitendes Fahren mit 16 und der vollwertige Führerschein mit 17**

393 Auf Anstoß der Jungen Union Baden-Württemberg ist es seit dem 1. Januar 2008 auch in Baden-  
394 Württemberg jungen Menschen möglich, bereits mit 17 Jahren eine Fahrerlaubnis zu erwerben, die  
395 ihnen das Autofahren unter Anwesenheit einer in der Prüfungsbescheinigung genannten  
396 Begleitperson ermöglicht. Die Einführung dieses begleiteten Fahrens bereits mit 17 Jahren war ein  
397 voller Erfolg. So ergab die durch die Bundesanstalt für Straßenwesen erhobene Evaluierung während  
398 des Modellversuchs ein deutlich geringeres Unfall- und Deliktsrisiko im Vergleich zu anderen  
399 Fahranfängern. Aufgrund dieses erheblichen Gewinns für die Verkehrssicherheit, wurde das  
400 „Begleitete Fahren ab 17“ schließlich zum 1. Januar 2011 in bundesweites Dauerrecht überführt.  
401 Ende des Jahres 2013 erwarb fast die Hälfte der Führerscheinneulinge ihren Führerschein mit bereits  
402 17 Jahren. Hieran wird deutlich, wie groß die Notwendigkeit für diese gesetzliche Neuregelung  
403 schon bisher war. Aufgrund der grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen wird es in  
404 Zukunft für eine selbstständige Lebensführung junger Menschen unerlässlich sein, mit 17 Jahren  
405 bereits ohne Begleitperson Auto fahren zu dürfen. Die Junge Union Baden-Württemberg spricht sich  
406 deshalb im Sinne einer flexibleren und besseren eigenständigen Mobilität junger Menschen dafür  
407 aus, das begleitete Fahren bereits auf 16 Jahre vorzuziehen und es jungen Menschen nach  
408 Wiederholung einer theoretischen und praktischen Prüfung zu ermöglichen, bereits mit 17 Jahren  
409 eine uneingeschränkte Fahrerlaubnis zu erwerben. Das hierzu erforderliche  
410 Verantwortungsbewusstsein sollte auch der (Landes-)Gesetzgeber den jungen Menschen  
411 zugestehen.

#### 412 **3.4.2. Baden-Württemberg als Musterlände in Sachen digitales Hochgeschwindigkeitsnetz**

413 Zu einer modernen Infrastruktur gehört heute eine verlässliche und schnelle Internetverbindung  
414 überall und zu jeder Zeit. Daher setzt sich die Junge Union Baden-Württemberg mit Nachdruck für



415 eine flächendeckende, schnelle und zuverlässige Versorgung mit mobilem Internet und die gerade  
416 für Unternehmen so wichtige zuverlässige und schnelle Versorgung mit Breitbandinternet ein. Dabei  
417 wollen wir attraktive Rahmenbedingungen für private Netzanbieter schaffen, in den Netzausbau in  
418 unserem Land zu investieren. Das Ziel der Jungen Union Baden-Württemberg ist es, bis 2018 Baden-  
419 Württemberg zum „Musterländle“ in Sachen Hochgeschwindigkeitsnetz in Deutschland  
420 weiterzuentwickeln. Eine zuverlässige landesweite Versorgung mit Breitbandinternet mit einer  
421 Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s sollte daher das Ziel einer guten digitalen  
422 Infrastrukturpolitik des Landes sein. Bayern investiert seit Anfang des Jahres 2014 zusätzliche 500  
423 Millionen € und damit ab diesem Jahr jährlich 1,5 Milliarden € in den Ausbau des bayerischen  
424 Hochgeschwindigkeitsnetzes. Baden-Württemberg stellt im Vergleich hierzu seit Anfang 2014 12,0  
425 Millionen € zusätzlich im Rahmen der landeseigenen Fördermittel zur Verfügung. Wir als Junge  
426 Union setzen uns für ein Investitionsvolumen in den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets  
427 vergleichbar dem des Freistaates Bayern ein. Baden-Württemberg darf nicht auch noch im digitalen  
428 Bereich durch die grün-rote Landesregierung von der Zukunft abgehängt werden.

## **4. Für ein junges Baden-Württemberg in den Kommunen**

### **4.1. Erst- und Zweitwohnsitzkandidaturen**

429  
430 Vielen Parteien und Listen im Land fehlt es zunehmend, vor allem in ländlichen Regionen, an jungen,  
431 geeigneten Kandidaten, da viele nicht in ihrer Heimat gemeldet sind, aber dort politisch aktiv in das  
432 Geschehen eingreifen. Jungen Bürgern, vor allem Auszubildende und Studierende, die in den  
433 Hochschulstädten aufgrund der dortigen Zweitwohnsitzsteuer aus finanziellen Gründen ihren  
434 Erstwohnsitz an ihrem Studienort anmelden müssen, bleibt es somit verwehrt, sich in der Heimat  
435 kommunalpolitisch zu engagieren. Durch Vereinsmitgliedschaften und das Engagement vor Ort gibt  
436 es jedoch trotz des Wegzugs starke soziale Bindungen in die Heimat.

437 Wir sehen die Landespolitik daher in der Pflicht, über das aktive und passive Wahlrecht beim Erst-  
438 und Zweitwohnsitz nachzudenken, um diesen jungen Auszubildenden und Studenten gesetzliche  
439 Möglichkeiten für eine kommunale Kandidatur zu schaffen. Weitergehend fordern wir, junge  
440 kommunale und damit ehrenamtliche Mandatsträger von der Zweitwohnsitzsteuer auszunehmen.

### **4.2. Breitbandausbau als kommunaler Standortfaktor**

441  
442 Ein flächendeckendes und leistungsfähiges Breitbandnetz ist für alle Kommunen Baden-  
443 Württembergs ein wesentlicher Standortfaktor. Bei der Erschließung neuer Wohngebiete, vor allem  
444 aber auch neuer Gewerbegebiete ist ein installiertes und eingebautes Glasfasernetz im  
445 Hochleistungsbereich ein wesentliches Entscheidungskriterium für die Ansiedelung von  
446 Unternehmen. Neu entstehende Gewerbegebiete ohne eine solche moderne Infrastruktur sollte es  
447 in Baden-Württemberg nicht mehr geben. Bestehende Gewerbegebiete sollten dringend durch  
448 kommunale und landespolitische Unterstützung im Zuge von weiteren Breitbandinitiativen auf eine  
449 zeitgemäße und wirtschaftlich attraktive Breitbandinfrastruktur umgestellt werden. Darüber hinaus  
450 sollte bei jeder Tiefbaumaßnahme ein vergleichsweise günstiges Mehrfachleerrohr nach Prüfung der  
451 Sinnhaftigkeit mit verbaut werden, um weitere gesonderte kostspielige Tiefbaumaßnahmen im  
452 Zusammenhang mit dem Breitbandausbau zu vermeiden.

### **4.3. Moderne und flächendeckende WLAN-Angebote**

453  
454 Eine zuverlässige und schnelle Netzverbindung in baden-württembergischen Innenstädten,  
455 öffentlichen Einrichtungen, Gastronomie und öffentlichen Bussen und Bahnen im ganzen Land sollte  
456 Basis der digitalen Infrastruktur Baden-Württembergs sein. Wichtig ist hierbei jedoch, regionale  
457 Unterschiede des Flächenlands Baden-Württemberg zu berücksichtigen. WLAN-Hotspots oder eine  
458 flächendeckende Abdeckung der Innenbereiche von Großstädten sollten von Land und Kommune

459 gemeinsam mit Gastronomen und Einzelhändlern als gemeinsames Ziel für attraktive Innenstädte  
460 verfolgt werden.

461 Für die Kommunen im ländlichen Raum, in welchen ein flächendeckendes WLAN-Netz nicht sinnvoll  
462 ist, empfehlen wir, über kommunale WLAN-Hotspots in den öffentlichen kommunalen  
463 Einrichtungen nachzudenken und über städtische Förderprogramme für WLAN-Hotspots in Bars,  
464 Cafés oder Gasthäusern einen Anreiz zu schaffen.

#### 465 **4.4. Gemeinderäte 2.0 – effiziente Arbeit ermöglichen**

466 Als Junge Union wollen wir eine Wahlfreiheit der Mandatsträger bei der Vorbereitung, Aufarbeitung  
467 und Beratung von Sitzungsvorlagen. Jeder kommunale Mandatsträger sollte für eine effiziente  
468 Sitzungsarbeit die Möglichkeit haben, auf alle Ressourcen zurückgreifen zu können, egal ob mit  
469 Tablet, Laptop, Computer oder Papier. Deshalb sprechen wir uns für die Möglichkeit zur  
470 Bereitstellung von digitalen Sitzungsunterlagen seitens der Kommunen aus, verbunden mit der  
471 Wahlmöglichkeit zwischen Papier und digitaler Vorlage. Rats-Informationssysteme begrüßen wir  
472 ausdrücklich. Die Präsenz von Kommunen und Landkreisen in sozialen Netzwerken sehen wir als  
473 obligatorisch an.

#### 474 **4.5. Mehr Mobilität – für einen einheitlichen Baden- 475 Württembergischen Verkehrsverbund**

476 Wir sind die „Generation mobil“. Mobilität ist Basis unseres Heranwachsens und gerade für junge  
477 Menschen im ländlichen Raum ist sie Voraussetzung für deren Berufs- und Entwicklungschancen –  
478 egal ob in Ausbildung, Studium oder Beruf. Der Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz liegt heute  
479 oftmals nicht mehr vor der Haustüre in der eigenen Kommune, sondern in einiger Entfernung.  
480 Fahrscheine, welche nur bis zur Grenze des jeweiligen Verkehrsverbunds gelten, behindern  
481 attraktive Mobilität. Hier sind – neben der Koordination durch den Landesgesetzgeber –  
482 insbesondere die Landkreise gefragt, sich nicht nur um den Binnenverkehr innerhalb des Kreises  
483 oder der Region zu kümmern, sondern auch die Anbindung an alle Nachbarkreise attraktiv zu  
484 gestalten. Ziel sollte eine landesweite Koordinierung der Verbünde oder sogar ein einheitlicher  
485 landesweiter Verkehrsverbund sein. Darüber hinaus wären auch Kooperationen mit anderen  
486 Bundesländern oder mit anderen Staaten insbesondere für Schüler und Studenten aus den  
487 Grenzgebieten erstrebenswert. Gegebenenfalls muss auch über pragmatische Lösungen im Bereich  
488 des Individualverkehrs für junge Leute, die auf diesen angewiesen sind, nachgedacht werden.

489 Das Angebot für Nachtbusse und eine 24-stündige Möglichkeit zur ÖPNV-Mobilität in den Städten  
490 Baden-Württembergs tragen zur Steigerung der Lebensqualität und zur Verbesserung der Angebote  
491 für junge Menschen bei.

## 492 **4.6. Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik**

493 Als junge politische Generation stehen wir struktureller kommunaler Verschuldungspolitik  
494 entgegen. Neben strukturellen Ausgaben wie Personal, Umlagen und die Instandhaltung von  
495 öffentlichen Einrichtungen und Bildungsangeboten sehen wir jedoch auch weitere kommunale  
496 Ausgabenprobleme, welche zu Lasten unserer Generation gehen werden.

497 Kommunen und kommunal Verantwortliche müssen künftigen Generationen einen Handlungs-  
498 spielraum für Investitionen lassen. Daher fordern wir große kommunale Projekte durch langfristige  
499 Rücklagenbildung zu finanzieren und nicht etwa durch den Verkauf von Grundstücken und  
500 kommunalen Flächen in Eigenbesitz. Aufgrund deren Endlichkeit sehen wir solche Beispiele nicht als  
501 nachhaltige Finanzierung von kommunalen Projekten.

502 Weiterhin setzen wir uns für Nettoneuverschuldungsverbote in den kommunalen Haushalts-  
503 ordnungen, mit klaren und restriktiven Ausnahmeregelungen, ein.

## 504 **4.7. Sinnvolle Bildungspolitik in der Fläche – mit Augenmaß** 505 **und ohne Ideologie**

506 Im Zuge der Bildungspolitik der aktuellen grün-roten Landesregierung waren fast alle baden-  
507 württembergischen Kommunen von den ideologisch motivierten bildungspolitischen  
508 Gesetzesänderungen betroffen. Neben der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung,  
509 welche für viele Kommunen eine unkalkulierbare Wanderbewegung von Schülerzahlen bewirkt hat,  
510 sehen wir die beginnende Zusammenlegung von Gemeinschaftsschulen mit Realschulen als Fehler  
511 an. Für uns als Union war und ist stets klar: Die Schule muss im Dorf bleiben, Kommunen dürfen  
512 nicht gegeneinander in Schulstandortpolitik ausgespielt werden. Daher ist der bildungspolitische  
513 Weg der Landesregierung eine politische Sackgasse, ohne regionale Schulentwicklungspläne, ohne  
514 Blick auf die Interessen vor Ort, lediglich getrieben von einer Schulideologie. Als junge  
515 Mandatsträger sprechen wir uns nicht nur für Schularten mit einer Anbindung zu den örtlichen  
516 Betrieben und Unternehmen aus, wie dies etwa das Profil der baden-württembergischen Realschule  
517 bietet, wir setzen vor allem auf differenzierte Schularten mit verschiedenen Schulprofilen in den  
518 Landkreisen und Kommunen. Bei immer weiter abnehmender Schülerzahl ist es schwierig ein  
519 Schulprofil in der Fläche zu behalten. Kommt es aber zu dem Punkt, an dem eine Schule nicht mehr  
520 getragen werden kann und somit geschlossen werden muss, ist es unter dem Gesichtspunkt eines  
521 differenzierten Schulangebotes nach Bedarf der Schüler und deren Förderungsbedarf notwendig,  
522 mit den frei werdenden Mitteln das Netz des ÖPNV dichter zu gestalten um das dreigliedrige  
523 Schulsystem aufrecht erhalten zu können.

## 524 **4.8. Sport und Ehrenamt kommunal fördern**

525 Sport und Ehrenamt bilden die Basis jeder Kommune. Nirgendwo ist das Ehrenamt so stark wie in  
526 Baden-Württemberg. Zeitgemäße Entscheidungen hinsichtlich praxisnaher Vereinsförderrichtlinien  
527 sind ebenso notwendig, wie eine Unterstützung der Vereine in der finanziellen Ausstattung von  
528 Trainer- und Übungsleiterstunden im Bereich der Nachwuchsarbeit. Neben der speziellen  
529 Würdigung des Ehrenamts in Form von Ehrenamtsabenden oder ähnlichen Modellen, muss die  
530 Förderung des Ehrenamts auch im Umgang und der unkomplizierten Nutzungsmöglichkeit von  
531 öffentlichen kommunalen Einrichtungen berücksichtigt sein. Nur durch eine spezielle kommunale  
532 Wertschätzung bleiben die vielen Vereine und Ehrenamtlichen im Bereich des Sports, der Kultur, der  
533 Blaulichtorganisationen und vieler weiterer ein wertvolles Aushängeschild der Kommunen und  
534 Landkreise und übernehmen dabei eine wichtige Komponente in der Vermittlung sozialer  
535 Kompetenzen an junge Leute. Dabei muss besonders bei der Einführung von Ganztageschulen auf  
536 die Belange der Vereine geachtet werden.

## 537 **4.9. Aktive Formen der Jugendbeteiligung vor Ort**

538 Das ehrenamtliche Engagement beginnt bei vielen jungen Menschen bereits in der Schule im Bereich  
539 der SMV oder etwa als Klassensprecher. Die zunehmende Tendenz junger Bürger für ein  
540 projektbezogenes ehrenamtliches Engagement muss die Kommunalpolitik aufgreifen, um den  
541 Jugendlichen in den Kommunen Plattformen für zielgruppenspezifische Themen zu ermöglichen,  
542 auch im Austausch mit den kommunalen Gremien. Was junge Menschen in ihrer Schule oder  
543 Gemeinde bewegt und betrifft, muss gehört, erörtert und schnell gemeinsam mit Jugendlichen  
544 entschieden werden. Plattformen wie Jugendversammlungen, Jugendbeiräte und Jugendgemeindef-  
545 räte sind sinnvolle Instrumente für Jugendbeteiligung vor Ort. Wir fordern die Kommunen dazu auf,  
546 aktiv vor Ort sinnvolle Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher zu schaffen! Wichtig ist aus unserer  
547 Sicht hierbei eine kontinuierliche konkrete Beteiligungsmöglichkeit Jugendlicher. Daher fordern wir,  
548 die Partizipation junger Menschen gezielt über das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren hinaus zu  
549 intensivieren.

## 550 **4.10. Attraktive Ortskerne und Innenstädte**

551 Nachhaltige Kommunalpolitik bedeutet für uns als Junge Union auch nachhaltiges Handeln beim  
552 Flächenverbrauch mit Blick auf die demographische Entwicklung. Die Erschließung von neuen  
553 Gewerbe- und Wohngebieten sollte nur durch ein konzeptionelles Vorgehen gemacht werden. Bei  
554 Kommunen mit innerstädtischen Leerständen im Bereich des Gewerbes und der Wohnbauten  
555 sprechen wir uns für kommunale Förderprogramme zur Anreizschaffung von Renovierung und  
556 Zuzug von jungen Familien in die Innenstädte aus. Innen- sollte vor Außenentwicklung stehen,

557 Flächen nur dann bebaut werden, wenn es beispielsweise durch die Erschließung von  
558 übergeordneten Verkehrswegen Sinn ergibt, oder die Kommunen bereits an den Baugrenzen  
559 ausgereizt sind und ein erhöhter Bedarf besteht. Ortskerne und Innenstädte sollten gezielt für junge  
560 Familien und junge Menschen attraktiv gestaltet werden!

#### 561 **4.11. Zeitgemäße und flexible Sperrzeitenregelungen**

562 Unsere Innenstädte sollen lebendig sein. Tags durch attraktiven Einzelhandel, abends und nachts  
563 durch attraktive kulturelle und gastronomische Angebote. Gerade in Sommerzeiten hat sich das  
564 Ausgehverhalten der Menschen im Land verändert. Ein mediterraner Lebensstil des späten  
565 Ausgehens hat sich etabliert, auf den es mit der passenden Rahmengesetzgebung durch den  
566 Landesgesetzgeber zu reagieren gilt. Längere Öffnungszeiten und verlängerte Betriebszeiten für  
567 Außenbewirtschaftungen im Sommer sollten Ziel einer Novellierung der Landesgesetze sein.